

# Inhaltsverzeichnis

<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>XV</b>
<b>1. Kapitel: Einführung .....</b>	<b>1</b>
1. Abschnitt: Allgemeines .....	1
2. Abschnitt: Professionell moderierte Onlinedating-Plattform .....	2
1. Unterabschnitt: Gegenstand einer Onlinedating-Plattform nach allgemeiner Verkehrsauffassung .....	2
2. Unterabschnitt: Professionelle Moderation .....	4
3. Abschnitt: Darlegung des Ausgangssachverhalts .....	6
<b>2. Kapitel: Subsumtion unter die Tatbestandsmerkmale des § 263 StGB .....</b>	<b>11</b>
1. Abschnitt: Tatbestand des Grunddelikts gem. § 263 I StGB .....	11
1. Unterabschnitt: Objektiver Tatbestand .....	11
A. Täuschung über Tatsachen .....	11
I. Allgemein .....	11
II. In Betracht kommende Tatsachen .....	12
III. In Frage kommende Täuschungshandlungen .....	12
1) Das Versenden der Werbemails .....	13
a) Ausdrückliche Täuschung über Tatsachen .....	13
b) Konkludente Täuschung über Tatsachen .....	17
aa) Ontologischer Täuschungsbegriff .....	17
bb) Normativer Täuschungsbegriff .....	17
cc) Stellungnahme .....	18
c) Täuschung durch Unterlassen .....	19
d) Zwischenergebnis Täuschung durch Versenden der Werbemails .....	19
2) Die Gestaltung der Website .....	20
a) Bildgestaltung mit Untertiteln .....	20

b)	Name der Website .....	21
c)	Werbetexte .....	22
d)	Gesamteindruck der Website .....	23
3)	Das Versenden von Chatnachrichten durch die Moderatoren .....	23
a)	„Neutrale“ Nachrichten .....	23
b)	Täuschende Nachrichten .....	24
c)	Gesamtkontext aus neutralen und täuschenden Nachrichten .....	25
IV.	Ausschluss der Täuschung durch Klarstellung in den AGB? .....	25
1)	Zur abstrakten Frage ergangene Rechtsprechung .....	26
a)	Rechnungähnliche Angebotsschreiben .....	26
b)	Abo- bzw. Vertragsfallen im Internet .....	27
c)	Ping-Anrufe .....	28
2)	Übertragung der Rechtsprechung auf moderierte Onlinedatingportale .....	29
a)	Vergleichbarkeit der Situation .....	29
b)	Subsumtion unter die Anforderungen des BGH und der rein objektiven Auffassung .....	29
aa)	BGH .....	29
(1)	In den Hintergrund Treten von AGB im Allgemeinen? .....	30
(2)	Inhaltliche Überprüfung der AGB nach §§ 307 ff. BGB .....	31
(a)	Vorliegen von AGB: § 305 BGB .....	31
(b)	Inhaltskontrolle nach §§ 307 ff. ....	32
(c)	Unwirksamkeit der Klausel gem. § 307 I 2 iVm § 307 I 1 BGB .....	33
(d)	Information über Moderatoren als überraschende Klausel gem. § 305c BGB .....	33
(aa)	Objektiv ungewöhnliche Klausel .....	34
(bb)	Überraschungsmoment .....	35
(cc)	Zwischenergebnis § 305c BGB .....	36
(3)	Ausschlussfähigkeit durch hinreichende Deutlichkeit .....	36
bb)	Rein objektive Auffassung .....	38
V.	Zwischenergebnis Täuschung über Tatsachen .....	38
B.	Irrtum .....	38
I.	Irrtum durch fahrlässiges Verhalten der Portalnutzer .....	39
1)	Mitverschulden der Nutzer des Portals .....	39
2)	Irrtum unter Zweifeln .....	41
II.	Richtlinienkonforme Auslegung anhand RL 2005/29/EG .....	42
III.	Viktimoziogmatische Normativierungen des Irrtumsbegriffs .....	45

IV. Kein Vorliegen eines Irrtums .....	47
C. Kausalität zwischen Täuschung und Irrtum .....	47
I. Ausreichen bloßer Äquivalenzkausalität? .....	47
II. Übertragung der Lehre der objektiven Zurechnung auf den Betrugstatbestand ...	49
1) Allgemein .....	49
2) Risikosetzung .....	49
3) Risikorealisierung .....	50
a) Dazwischentreten Dritter .....	50
aa) Vorsätzliches Dazwischentreten Dritter .....	51
bb) Fahrlässiges Dazwischentreten Dritter .....	51
b) Dazwischentreten des Opfers .....	53
aa) Vorsätzliches Dazwischentreten des Opfers; eigenverantwortliche Selbstgefährdung .....	53
bb) Fahrlässiges Dazwischentreten des Opfers .....	54
III. Ergebnis Kausalität und objektive Zurechnung .....	54
D. Vermögensverfügung .....	54
I. Vermögensbegriff .....	55
II. Handlung, Duldung oder Unterlassen .....	55
III. Freiwilligkeit .....	55
IV. Vermögensminderung .....	55
1) Käuflicher Erwerb der virtuellen Währung .....	56
2) Senden der einzelnen Nachricht .....	56
3) Verstreckenlassen der Widerrufsfrist ohne ein Senden von Nachrichten .....	59
4) Sonderfall: Versenden von Nachrichten aufgrund geschenkter Onlinewährung .....	59
V. Unmittelbarkeit .....	60
VI. Ergebnis Vorliegen einer Vermögensverfügung .....	60
E. Kausalität zwischen Irrtum und Vermögensverfügung .....	61
I. Zweifel am Bestehen eines Kausalitätserfordernisses .....	61
1) „Kausalität“ als terminologischer Fehlgriff .....	61
2) Kausalität als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal .....	62
II. Ursachenzusammenhang zwischen Irrtum und Vermögensverfügung .....	63
1) Allgemein .....	63
2) Berücksichtigung der Lehre von der objektiven Zurechnung .....	64
F. Beschädigung des Vermögens eines anderen: sog. Vermögensschaden .....	65
I. Allgemein .....	65
II. Vorliegen eines gegenseitigen Vertrags .....	65

III. Gegenstand der vertraglichen Leistung .....	66
1) Leistung des Portalnutzers .....	66
2) Leistung des Portalbetreibers .....	66
a) Auslegung nach § 133 BGB .....	67
b) Auslegung nach § 157 BGB .....	67
c) Exkurs: Sittenwidrigkeit der Vereinbarung? .....	68
IV. Möglichkeit der Erbringung der vertragsgemäßen Leistung bei vorangegangener Täuschung? .....	69
V. Wert der moderierten Chats .....	69
VI. Die Begründung eines Vermögensschadens nach der Lehre von der Zweckverfehlung .....	71
1) Kritische Betrachtung der Lehre der Zweckverfehlung .....	72
a) Unvereinbarkeit mit dem Wortlaut des § 263 StGB .....	72
b) Unvereinbarkeit mit dem Telos des § 263 StGB .....	73
2) Subsumtion unter die Voraussetzungen des Vermögensschadens nach der Lehre der Zweckverfehlung .....	74
a) Vom Verfügenden gesetzter Zweck .....	74
aa) Grundlegend .....	74
bb) Synallagmatische Vertragsverhältnisse .....	75
cc) Von den Nutzern mit der Verfügung verfolgter Zweck .....	75
b) Art des Zwecks: Erfordernis eines sozialen Zwecks .....	75
aa) Allgemein .....	75
bb) Fallgruppen der Zweckverfehlung bei synallagmatischen Verträgen ..	76
(1) Mildtätige, karitative Zwecke .....	76
(2) Indirekt wirtschaftlich relevante Zwecke .....	76
cc) Speziell: der von den Nutzern gesetzte Zweck im Vergleich zu bisherigen Fallgruppen .....	77
c) Ergebnis der Subsumtion .....	77
VII. Begründung eines Vermögensschadens nach der Lehre vom persönlichen Schadenseinschlag .....	78
1) Allgemein .....	78
2) Kritik an der Lehre vom persönlichen Schadenseinschlag .....	79
3) Subsumtion unter die Kriterien der Lehre vom persönlichen Schadenseinschlag .....	79
a) Vermögensschädigende Maßnahmen und nicht mehr hinreichende Mittel zur Lebensführung .....	79

b) Keine Eignung der Leistung des Portalbetreibers zur Erreichung des vertraglich vorausgesetzten Zwecks .....	80
aa) Allgemein .....	80
bb) Kritische Würdigung der Kriterien des BGH .....	81
G. Täterschaft .....	82
I. Mittelbare Täterschaft gem. § 25 I Var. 2 StGB .....	83
1) Allgemein .....	83
2) Begehung der Tat durch Angestellte des Unternehmens .....	83
a) Angestellte als (Bereicherungs-)absichtslos handelnde Werkzeuge .....	83
b) Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	
in Wirtschaftsunternehmen .....	84
aa) Allgemein .....	84
bb) Anordnungsgewalt und hierarchische Struktur .....	85
cc) Rechtsgelöstheit des Machtapparats .....	86
dd) Fungibilität des unmittelbar Ausführenden .....	87
ee) Wesentlich erhöhte Tatbereitschaft des Ausführenden .....	87
3) Begehung der Tat durch die Moderatoren .....	88
II. Mittäterschaft gem. § 25 II StGB .....	89
1) Allgemein .....	89
2) Gemeinsamer Tatplan .....	89
3) Gemeinsame Tatsausführung .....	90
2. Unterabschnitt: Subjektiver Tatbestand .....	91
A. Allgemein .....	91
B. Vorstellung gleichwertiger Leistungen .....	92
I. Vorsatz bezüglich des Eintritts eines Vermögensschadens .....	92
II. Absicht der Bereicherung .....	93
III. Rechtswidrigkeit .....	94
1) Objektive Rechtswidrigkeit .....	94
2) Vorgestellte Rechtswidrigkeit .....	95
C. Vorstellung ungleichwertiger Leistungen .....	95
aa) Vorsatz .....	96
bb) Absicht der Bereicherung .....	98
cc) Rechtswidrigkeit .....	99
D. Stoffgleichheit erstrebter Bereicherung bei Zweckverfehlung/ individuellem Schadenseinschlag .....	99
2. Abschnitt: Rechtswidrigkeit .....	101

3. Abschnitt: Schuldausschluss nach § 17 StGB .....	101
1. Unterabschnitt: Fehlende Unrechtseinsicht .....	101
A. Vorstellung bloßer Moralwidrigkeit .....	102
B. Subsumtionsirrtum bei unzutreffender rechtlicher Einordnung .....	102
2. Unterabschnitt: Vermeidbarkeit des Irrtums .....	103
A. Allgemein .....	103
B. Zweifel: Annahme einer rechtlichen Grauzone .....	103
C. Erfolgte anwaltliche Beratung .....	104
D. Bleibende Zweifel nach erfolgter anwaltlicher Beratung .....	104
E. Mehrfache anwaltliche Beratung .....	104
4. Abschnitt: Vorliegen eines besonders schweren Falls gem. § 263 III 2 Nr. 1–3 StGB ...	105
1. Unterabschnitt: Gewerbsmäßige (oder bandenmäßige) Begehung, § 263 III 2 Nr. 1 StGB .....	105
2. Unterabschnitt: Herbeiführung eines Vermögensverlustes großen Ausmaßes, § 263 III 2 Nr. 2 Var. 1 StGB .....	106
3. Unterabschnitt: Handeln in der Absicht, durch die fortgesetzte Begehung von Betrug eine große Zahl von Menschen in die Gefahr des Verlustes von Vermögenswerten zu bringen, § 263 III 2 Nr. 2 Var. 2 StGB .....	107
4. Unterabschnitt: Bringen einer anderen Person in wirtschaftliche Not, § 263 III 2 Nr. 3 StGB .....	108
5. Unterabschnitt: Ausschluss der Regelwirkung durch Mitverschulden der Opfer? .....	108
5. Abschnitt: Gewerbs- und bandenmäßiger Betrug gem. § 263 V StGB .....	110
1. Unterabschnitt: Gewerbsmäßigkeit .....	110
2. Unterabschnitt: Als Mitglied einer Bande .....	111
A. Subsumtion des Ausgangsfalles unter das Merkmal der Begehung als Mitglied einer Bande .....	111
B. Restriktion für Wirtschaftsunternehmen .....	113
6. Abschnitt: Versuchter Betrug gem. §§ 263 I, II, 22, 23 I StGB .....	115
7. Abschnitt: Exkurs – Teilnahme gem. §§ 26, 27 StGB .....	115
1. Unterabschnitt: Anstiftung gem. § 26 StGB .....	116
2. Unterabschnitt: Beihilfe gem. § 27 StGB .....	116
A. Allgemein .....	116
B. Beihilfe durch Angestellte .....	117
C. Beihilfe durch Moderatoren .....	117
D. Neutrale Beihilfe .....	117

8. Abschnitt: Bagatelfälle und Strafantrag; Verjährung .....	119
1. Unterabschnitt: Bagatelfälle und Strafantrag .....	119
2. Unterabschnitt: Verjährung .....	119
<b>3. Kapitel: Strafprozessuale und sanktionenrechtliche Aspekte .....</b>	<b>121</b>
1. Abschnitt: Verfahrenseinstellungen und Nichteröffnung des Verfahrens .....	121
1. Unterabschnitt: Einstellung nach § 170 II 1 StPO .....	121
2. Unterabschnitt: Einstellungen aus Opportunitätsgründen .....	122
A. Einstellung nach § 153 StPO .....	122
I. Vergehen .....	122
II. Schuld des Täters als gering anzusehen .....	122
1) Allgemeines .....	122
2) Hypothetische Betrachtung des § 46 II 2 StGB anhand des Ausgangsfalles ....	123
a) Einzelne Aspekte des § 46 II 2 StGB .....	124
aa) Beweggründe und Ziele des Täters .....	124
bb) Die Gesinnung, die aus der Tat spricht .....	125
cc) Der bei der Tat aufgewendete Wille .....	126
dd) Art der Ausführung .....	127
ee) Verschuldete Auswirkungen der Tat .....	128
ff) Vorleben des Täters sowie persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse .....	131
gg) Verhalten nach der Tat .....	131
b) Abwägung der Aspekte gegeneinander .....	132
III. Kein öffentliches Interesse an der Verfolgung .....	133
IV. Zustimmung des Gerichts .....	135
1) Vergehen mit nicht im Mindestmaß erhöhter Freiheitsstrafe .....	135
2) Geringfügigkeit der durch die Tat verursachten Folgen .....	136
B. Einstellung nach § 153a StPO .....	136
I. Zu beseitigendes öffentliches Interesse an Strafverfolgung .....	137
II. Geeignetheit der Auflagen und Weisungen zur Beseitigung des öffentlichen Interesses .....	137
1) Allgemein .....	137
2) Konkret in Betracht kommende Auflagen und Weisungen .....	138
a) Allgemein .....	138
b) Wiedergutmachung: § 153a I 2 Nr. 1 StPO .....	138
c) Täter-Opfer-Ausgleich: § 153a I 2 Nr. 5 StPO i.V.m. § 46a StGB .....	138

d) Kenntlichmachung der Website als moderiertes Onlinedating-Portal .....	139
III. Schwere der Schuld steht nicht entgegen .....	139
IV. Zustimmungserfordernisse .....	140
1) Beschuldigter .....	140
2) Gericht .....	140
C. Teileinstellung bei mehreren Taten nach § 154 StPO .....	140
I. Allgemein .....	140
II. Teileinstellung nach § 154 I Nr. 1 StPO .....	141
III. Teileinstellung nach § 154 I Nr. 2 StPO .....	141
D. Einstellung nach § 154a StPO .....	141
3. Unterabschnitt: Nichteröffnungsbeschluss gem. § 204 StPO .....	143
2. Abschnitt: Urteil .....	143
1. Unterabschnitt: Freispruch .....	143
2. Unterabschnitt: Verurteilung mit Aussetzung der Vollstreckung der Strafe zur Bewährung nach § 56 StGB .....	143
A. Aussetzung nach § 56 I StGB .....	143
I. Verurteilung als Warnung genügend und keine Erwartung neuer Straftatbegehung .....	144
1) Allgemein .....	144
2) Persönliche Umstände des Verurteilten .....	144
3) Umstände der Tat des Verurteilten .....	145
4) Wirkungen, die von der Aussetzung für den Täter zu erwarten sind .....	145
II. Keine Gebotenheit der Strafe zur Verteidigung der Rechtsordnung: § 56 III StGB .....	145
III. Ergebnis der Sozialprognose nach erfolgter Gesamtabwägung .....	146
B. Aussetzung nach § 56 II StGB .....	146
3. Abschnitt: Sonstige in Frage kommende Sanktionen .....	147
1. Unterabschnitt: Einziehung von Taterträgen gem. § 73 StGB .....	147
A. Etwas erlangt .....	147
B. Durch oder für rechtswidrige Tat .....	147
C. Umfang der Einziehung: Anrechnung der durch den Portalbetreiber erbrachten Leistung .....	148
D. Außerdem: Ausschluss der Einziehung gem. § 73e StGB? .....	148
E. Überdies: Unverhältnismäßigkeit einer Einziehung nach § 73 StGB? .....	150
2. Unterabschnitt: Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten gem. § 74 StGB .....	151

3. Unterabschnitt: Selbständige Einziehung: § 76a StGB .....	152
4. Unterabschnitt: Berufsverbot gem. § 70 StGB .....	152
5. Unterabschnitt: Führungsaufsicht: § 263 VI i.V.m. § 68 I StGB .....	154
<b>4. Kapitel: Exkurs – Beweisschwierigkeiten beim Betrugstatbestand .....</b>	<b>155</b>
1. Abschnitt: Allgemein .....	155
2. Abschnitt: Nachweisbarkeit des Irrtums und dessen (Mit-)Ursächlichkeit für die Vermögensverfügung .....	155
3. Abschnitt: Nachweisbarkeit des Eintritts eines Vermögensschadens .....	156
4. Abschnitt: Nachweisbarkeit der vorgestellten Rechtswidrigkeit der erstrebten Bereicherung .....	156
5. Abschnitt: Folgen der Nachweisschwierigkeiten .....	157
1. Unterabschnitt: Allgemein .....	157
2. Unterabschnitt: Trennung zusammenhängender Verfahren .....	157
3. Unterabschnitt: Einstellung einzelner Verfahren nach §§ 154, 154a StPO .....	158
4. Unterabschnitt: Revision – Verfahrensrüge wegen Verstoßes gegen § 261 StPO .....	159
<b>5. Kapitel: Ausblick .....</b>	<b>161</b>
1. Abschnitt: Keine Strafbarkeit des Betreibens moderierter Onlinedatingportale .....	161
1. Unterabschnitt: Strafbarkeit nach § 263 StGB .....	161
2. Unterabschnitt: Exkurs – Strafbarkeit nach § 16 UWG .....	161
3. Unterabschnitt: Strafbarkeitslücke .....	162
2. Abschnitt: Zusammenfassung der wesentlichen Aspekte der Untersuchung .....	162